

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 M., bei Selbstabholung 1.05 M.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 M., bei Selbstabholung 1.15 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 M., für 1 Monat 1.15 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18688.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzelle oder deren Raum 80 Pfg., bei Plagvorschritt 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— M. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Görz und Cividale erobert.

Die Entrüsteten.

In einer ihrer letzten Nummern klagte die Chemnitzer Volksstimme wieder einmal über „gewissenlose Berührung“, die die bösen unabhängigen Sozialdemokraten gegen die braven Regierungssozialisten betreiben sollen. Den besonderen Anlaß gab ihr die Rede unfres Genossen Geyer vom vorigen Sonntag in der großen Versammlung der Stöttericher Festhalle, wo er die unerhörten Angriffe des Reichskanzlers auf unsere Partei zurückwies. Die Chemnitzerin bezeichnet es als einen „Standal“, daß der „alte Herr“ den Leipziger Arbeitern vorgerebet habe, alle Blockparteien, bezw. ihre Führer hätten gewußt, daß der Kanzler gegen die unabhängige Fraktion vorgehen würde; auch die Regierungssozialisten hätten zu diesen Wissenenden gehört und hätten das unsern Genossen verheimlicht. Die Chemnitzerin behauptet aufgeregt, Geyer müsse, da er an der betreffenden Reichstagsitzung teilgenommen habe, wissen, daß die von ihm aufgestellte Behauptung unwahr sei. Aus dem ganzen Verhalten des Reichstages sei unzweifelhaft hervorgegangen, daß alle Parteien mindestens ebenso überrascht waren, wie die Unabhängigen. Es sei nicht wahr, daß der Reichskanzler oder Capelle, Fraktionen oder Parteiführern Mitteilung von ihrer Absicht, gegen die Unabhängigen vorzugehen, gemacht hätten. Durch Zeitungsnotizen sei lediglich bekannt geworden, daß der Kanzler und einige Regierungsvertreter geraume Zeit vor der letzten Tagung des Reichstages ganz wenigen Parteiführern streng vertraulich von den Vorgängen auf der Hochseeflotte Mitteilungen gemacht hätten. Bei dieser Gelegenheit sei auch zur Sprache gekommen, daß einige der verurteilten Soldaten Aussagen gemacht hätten, mit einigen Abgeordneten der Fraktion der Unabhängigen in irgendwelchen Beziehungen gestanden zu haben. Weil damals den Parteiführern hätte mitgeteilt werden müssen, der Reichsanwalt sei der Ansicht, ein Verfahren gegen die in Betracht kommenden Abgeordneten sei wahrscheinlich aussichtslos, sei der Regierung von allen Seiten nahegelegt worden, ein Vorgehen gegen die Abgeordneten der Unabhängigen zu unterlassen. Es sei deshalb ein besonders arger Verbehungsvorwurf, wenn Geyer bei den Leipziger Arbeitern den Eindruck erwecken wollte, als ob die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages mit Michaelis unter einer Decke gesteckt habe.

Soweit die Chemnitzer Volksstimme. Ihre Verteidigung der Fraktion Scheidemann ist in keiner Weise durchschlagend und überzeugend. Selbst wenn die Sachlage genau so wäre, wie die Chemnitzerin sie darstellt, so wäre der Vorwurf, den Genosse Geyer gegen die regierungssozialistische Fraktion erhoben hat, durchaus berechtigt. Das Blatt sagt selbst, daß den Parteiführern in jener vertraulichen Sitzung beim Reichskanzler mitgeteilt worden sei, der Reichsanwalt halte dafür, daß ein Verfahren gegen die drei Abgeordneten unserer Partei wahrscheinlich aussichtslos sei, und daß daraufhin der Regierung nahegelegt worden sei, von einem Vorgehen abzulassen. Die Chemnitzer Volksstimme muß also selbst feststellen, daß in jener Besprechung keinerlei Sicherheit dafür gegeben wurde, daß ein Vorgehen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie unterbleiben werde. Die Regierung hatte keine bindende Erklärung abgegeben, und selbst die Stellung des Reichsanwalts war noch keine definitiv das Verfahren ablehnende. Es mußte also mit der Möglichkeit eines Vorgehens gegen unsere Partei gerechnet werden, und bei dem Charakter der Regierung Michaelis war diese Möglichkeit sogar recht stark. Das hat aber die Vertreter der Unabhängigen nicht veranlaßt, den verdächtigen Abgeordneten unserer Partei einen Fingerzeig zu geben, daß möglicherweise ein Vorstoß gegen sie erfolgen werde.

Genosse Geyer hat also kein Wort mehr gesagt, als er verantworten kann. Selbst wenn die Chemnitzer Volksstimme in allen Punkten ihrer Darstellung recht hätte, bliebe aber von ihr sehr unangenehm empfundene Vorwurf auf der Fraktion Scheidemann sitzen. Vielleicht steht die Sache aber noch viel schlimmer. In der Kreuzzeitung vom Sonntag finden wir in einem längeren Artikel über die augenblickliche politische Lage die folgende bemerkenswerte Stelle:

Wie wir bereits vor acht Tagen berichteten, hat damals keine Partei, auch die der Sozialdemokraten nicht, widersprochen, als der Kanzler als Schlussergebnis feststellte, man müsse jedenfalls politisch gegen die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten vorgehen, deren mora-

lische Schuld erwiesen sei, und diese deshalb ihre Kapitulation in Meer und Flotte nicht dulden. Wir müssen heute hinzufügen, daß damals alle Parteiführer, mit Ausnahme allein der deutschen Reichspartei, auf eine Frage des Kanzlers es als erwünscht erklärten, der Dessenlichkeit eine authentische Mitteilung über die Vorgänge in der Marine im gegebenen Augenblick zugänglich zu machen. . . .

Diese Mitteilung des konservativen Blattes belastet die Scheidemänner noch in ganz anderm Maße, als die Darstellung der Chemnitzer Volksstimme. Sie enthält die schwere Anklage, daß die Vertreter jener Fraktion in der Besprechung beim Reichskanzler gegen die von ihm dort bekundete Absicht, die Unabhängige Sozialdemokratie unter Ausnahmerecht zu stellen, keinen Einspruch erhoben haben, daß sie ihr Schweigen zustimmten. Sie behauptet ferner, daß die Herren wissen mußten, die Regierung werde die Vorgänge in der Marine der Dessenlichkeit mitteilen, wobei sie sich an den fünf Fingern abzählen konnten, daß diese Mitteilung den Vorstoß gegen die Unabhängige Partei enthalten werde. Stimmen also diese Behauptungen des konservativen Blattes, so hätten die Scheidemänner oder wenigstens die Führer ihrer Fraktion eine höchst schmachvolle Doppelrolle gespielt, und dann wäre die Entrüstung, mit der Ebert in der Reichstagsitzung vom 9. Oktober die Bannernklärung über die Unabhängige Sozialdemokratie zurückwies, eine direkte Heuchelei gewesen.

Wir lassen zunächst die Frage offen, ob die Kreuzzeitung die Wahrheit spricht. Aber wenn die Scheidemännerfraktion nicht den schmachvollen Verdacht als wahr anerkennen will, so muß sie die Behauptung der Kreuzzeitung sofort entkräften. Wenn sie das nicht in überzeugender Weise können sollte, so wäre sie vor der Dessenlichkeit gerichtet. Es ist schon bedenklich, daß die Kreuzzeitung ihre Darstellung schon einmal vor acht Tagen veröffentlicht haben will, ohne daß die Presse der Regierungssozialisten sofort entkräfteten Einspruch erhoben hat. Aber es wäre ja denkbar, daß ihr jene Veröffentlichung damals entgangen wäre, wie sie uns entgangen ist. Die jetzige Wiederholung dürfte den Herren Scheidemännern indessen wohl kaum abermals entgangen sein und für alle Fälle erlauben wir uns, sie daran zu erinnern. Sie werden einsehen, daß es in ihrem Interesse liegt, schnelle Antwort zu geben!

Einerlei aber, wie diese Antwort ausfallen mag, einerlei, ob die Behauptungen der Kreuzzeitung sich als wahr oder unwahr erweisen, in jedem Falle bleibt ein schwerer Vorwurf auf den Regierungssozialisten sitzen, und sie haben nicht das geringste Recht, die Entrüsteten zu spielen, wenn ihnen das gesagt wird, wie es in der Rede des Genossen Geyer geschehen ist.

Die französischen Sozialisten und Würzburg.

Die französische Regierungskrise, die inzwischen durch Ribots Rücktritt vorerst notdürftig beigelegt wurde, ist akut geworden über einer ersten Frage der äußeren Politik. Sie wurde direkt herbeigeführt durch eine Anfrage des Genossen Mayéras, mit der sich die gesamte Fraktion einverstanden erklärt hatte, und ihre Behandlung im Geheimkomitee. Ueber diese geheime Sitzung ist natürlich nichts bekannt; jeder Versuch der Blätter, etwas darüber zu bringen, wird von der Zensur abgeschritten. Aber doch erfährt man etwas über die Frage, um die es sich handelt. Henri Fabre beschwert sich im Journal du Peuple darüber, daß es ihm nicht erlaubt sei, über die Dinge zu schreiben. Nach der hurtlesten Anfrage des Herrn Delahaye mußte das Land annehmen, daß man hinter verschlossenen Türen über die Behauptungen L. Daudets verhandelt habe, deshalb sei es gut zu sagen, daß die Debatte sich über eine sehr ernste Frage der auswärtigen Politik entspannt. Das weitere ist von der Zensur gestrichen. Dann fährt Fabre fort:

Die heutige (Stunde), obwohl reichlich zensuriert, läßt doch die Natur der Interpellation erkennen. Unsere Kollegin schreibt: „Die Abgeordneten saßen und lasen wieder gestern nachmittags im Journal officiel vom 19. Oktober den Bericht der Sitzung vom 12. und besonders diese Erklärung des Herrn Alexander Ribot. . . . Gestern noch war es Deutschland, das zu verstehen gab (satsait murmurer), daß, wenn die französische Regierung eine direkte oder indirekte Unterhaltung eingehen wollte, wir hoffen könnten, daß man uns Elsaß-Lothringen zurückgeben würde. . . . Plumpse Falle. . . .“

Wie Herr Ribot zu dieser Behauptung kommt — von deutscher amtlicher Seite wird ein solches Angebot ent-

schieden — ist unaufgeklärt. Aber wieder ist es die elässige Frage, um die sich alles dreht. Die französische Regierung hat sie in einem Sinne entschieden, der ihr nur eine schwache Majorität brachte. Sie erhielt bei Wiedereröffnung der Sitzung 313 Stimmen, die für die einfache Tagesordnung abgegeben wurden. Aber etwa 260 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Renaudel hatte im Namen der sozialistischen Fraktion eine Erklärung abgegeben, daß sie nicht für die Tagesordnung stimmen könnte, da sie ein Vertrauensvotum für Herrn Ribot bedeute, und das könnte sie nicht geben. Nach der Besprechung der Interpellation Delahaye wurden für die Regierung 246 Stimmen, gegen sie 189 gezählt, also besaß sie eine Mehrheit von 57. H. Fabre hat recht, wenn er meint, das Ministerium sei nicht bei guter Gesundheit.

Wir dürfen annehmen, daß die französische sozialistische Fraktion sich bei dieser Besprechung im Sinne ihrer letzten Beschlüsse: Forderung einer Abstimmung der Elsaß-Lothringer, gehalten hat. Gegen sie nützt nun die französische Reaktion den Würzburger Parteitag aus. Mit hochhafter Freude verwertet sie die Resolution der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie, um den Sozialisten Frankreichs Vorwürfe zu machen und die Taktik ihrer Regierung als richtig hinzustellen. Der Temps schreibt am 18. Oktober:

Wir bedauern nicht, daß sie (Scheidemann und seine Freunde) ihren Gedanken über Elsaß-Lothringen ausdrücken. Wir bedauern nur, daß sie ihn nicht mit der gleichen Lebhaftigkeit ausgesprochen haben, als die Frage Stockholm zum erstenmal auftauchte. Die deutsche Diplomatie, ob es die Regierung oder die sozialistische sei, hat die unangenehme Gewohnheit, Ungewissheiten erst zu klären, wenn sie sich ihrer bedient hat.

Der Temps verführt dann eine Beantwortung der Frage, was die „alte Partei“ zu diesem Manöver geführt habe. Das Blatt glaubt die Haltung auf den Mitgliederkongress und der Partei, das Anwachsen der Gewerkschaften (!) und die unzufriedene Stimmung unter den Arbeitern zurückführen zu sollen. In gewerkschaftlichen Fragen gebärde sich deshalb die Partei sehr radikal (?), weil sie Zucht haben müsse, die Gefolgschaft zu verlieren. Im Reichstag habe sie ihr Ansehen verloren. In ihrem Vorgehen gegen den Reichskanzler sei sie von den andern Parteien im Stich gelassen worden.

Die offizielle Sozialdemokratie, verpflichtet gegen den Kanzler Stellung zu nehmen, hat die doppelte Demütigung gehabt, sich im Schlepptau der Minderheiten zu befinden und in dem Bestreben die Regierung zu stürzen keinen Erfolg zu haben. Sie hat mit einziger Ausnahme ihre Antikonsequenz und ihre Ohnmacht gezeigt. Nun sucht sie Kompensationen. Um das Vertrauen der Massen zurückzugewinnen, nimmt sie ihr altes revolutionäres Lied wieder auf. Um nicht unwillkürlich mit den Herren der Stunde entwelt zu sein, trägt sie einen intransigenten Patriotismus zur Schau. So denkt sie die Wähler wieder zu erobern ohne sich die Tür der Macht zu verschließen.

Und die Schlussfrage lautet:

Wir fragen einfach die Konzeptionsnehmer von Würzburg: was ist aus der berühmten Friedensliebe geworden, die euch nach Stockholm sprenkte, und die dorthin die französischen Sozialisten mitziehen wollte?

Wir sind auf das Urteil der sozialistischen französischen Presse gespannt, die einstweilen nur die telegraphischen Berichte über Würzburg bringt. Oder vielmehr, wir können uns das Urteil vorher denken. Sie wird das Hauptgewicht auf den Beschluß über Elsaß-Lothringen legen und sehr bedauern, daß nicht Rakenstein mit seinen Vorschlägen durchgedrungen ist.

Die Krise vor dem Abschluß?

Am Sonnabendnachmittag brachten mehrere Berliner Blätter die Mitteilung, daß der sechste Reichskanzler, Dr. Georg Michaelis, dem Kaiser sein Abschiedsgesuch überreicht habe. Eine Bestätigung von amtlicher Seite ist bis heute noch nicht erfolgt. Die Vertreter der bürgerlichen Blätter, die sich an den amtlichen Stellen um Auskunft bemühten, mußten unverständlicher Sache wieder abziehen, selbst die Pressestellen der Behörden hielten sich in Schweigen. Indes darf man wohl aus dem Umstand, daß kein Dementi erfolgt ist, und daß der Kaiser eine ganze Anzahl höhere Reichsbeamte und diplomatische Persönlichkeiten zum Vortrag empfangen hat, den Schluß ziehen, den denn auch die bürgerliche Presse im allgemeinen zieht, daß die Krise in der Tat mit dem Rücktritt des Herrn Dr. Michaelis schließen wird. Der heutige „Tag“ teilt sogar schon positiv mit, daß der Kaiser sich für die Ent-